

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Thomas Huber

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Johannes Becher

Abg. Doris Rauscher

Abg. Franz Schmid

Abg. Julian Preidl

Abg. Björn Jungbauer

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Claudia Köhler

Abg. Michael Hofmann

Staatsministerin Ulrike Scharf

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Wie bereits angekündigt haben die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion jeweils einen Antrag auf Dritte Lesung gestellt.

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Einführung eines Bayerischen Kinderstartgeldes (Drs. 19/7432)

- Dritte Lesung -

Die Dritte Lesung schließt sich unmittelbar an die Zweite Lesung an und erfolgt auf Wunsch der antragstellenden Fraktionen mit Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt hierzu 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei wie immer an der Redezeit der stärksten Fraktion. Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist für die CSU-Fraktion der Kollege Thomas Huber.

Thomas Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Vielen Dank für die Möglichkeit, unsere Entscheidung noch einmal in vielleicht etwas sachlicherer Art und Weise darzulegen und vielleicht auch auf die eine oder andere Entgegnung von den Kolleginnen und Kollegen aus der Opposition einzugehen, sofern sie jetzt gerade noch nicht von der Ministerin beantwortet wurde.

Noch einmal kurz zum Grund, warum wir heute bei diesem Tagesordnungspunkt zusammenstehen: Der Grund war letztendlich auch die Klausurtagung der Bayerischen Staatsregierung am Wochenende und am Montag, bei der man sich mit dem Gesamtgebilde des Haushaltes auseinandergesetzt hat.

(Tim Pargent (GRÜNE): Tun Sie das sonst nicht?)

– Das machen wir jedes Jahr, aber es war jetzt halt zufällig am Sonntag und Montag. Deswegen stehen wir heute bei diesem Tagesordnungspunkt genau zu diesem Thema da.

Zusammengefasst ist die Beschlussfassung letztendlich, dass die Träger von Kitas und die Kommunen massiv unterstützt und entlastet werden, um das Kitasystem zu

schützen und zu stützen. Das führt, um der Wahrheit zu entsprechen, in der Folge dazu, dass wir das heute eigentlich zur Beschlussfassung geplante Kinderstartgeld leider nicht wie geplant einführen können.

Diese Entscheidung ist uns – CSU und FREIEN WÄHLERN – sicherlich, wie ich es vorher ausgeführt habe, nicht leicht gefallen. Ich möchte aber vielleicht noch einmal kurz darauf eingehen, dass das keine Entscheidung gegen Familien ist, sondern eine Entscheidung für die Familien. Es ist eine Entscheidung für die Kinder und deren Zukunft, auch um eine sichere Betreuung sicherzustellen. Ich glaube, eine sichere Betreuung ist für alle Familien das A und O. Sie ist auch für unsere Wirtschaft das A und O, um Vereinbarkeit von Familie und Beruf herstellen und sicherstellen zu können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, verantwortungsvolle Politik heißt auch, Prioritäten zu setzen. Unsere Priorität liegt in einer verlässlichen, bezahlbaren, qualitativ hochwertigen Betreuung, und zwar jeden Tag und für alle Kinder, egal und unabhängig von ihrer sozialen Herkunft.

Wir haben deswegen entschieden: Wir führen das geplante Kinderstartgeld jetzt nicht ein. Aber das Geld – das ist entscheidend, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen – bleibt, so hat es die Sozialministerin vorher noch einmal versichert, vollständig bei den Familien. Jeder Euro der frei werdenden Mittel wird in die Kindertagesbetreuung investiert. Ich wiederhole mich: Es handelt sich hier bis 2030 um circa 3 Milliarden Euro für unsere Kitas, für die Betriebskostenstabilisierung, für die Qualitätssicherung und für den Ausbau.

Mir ist wichtig: Wir schaffen das, wie in der Verfassung vorgegeben – die Verfassung ist unsere Handlungsmaxime –, ohne Schulden. Wir handeln damit generationengerecht; denn wenn wir heute Schulden aufnehmen, zahlen das die Kinder von morgen. In der gesamten Debatte wird das oft vergessen. Die Opposition suggeriert gerne, es wäre Geld für alles da, man müsse nur wollen. Dem ist aber nicht so. Im Bund

werden bereits heute jährlich 34 Milliarden Euro nur für Zinsen ausgegeben, liebe Kolleginnen und Kollegen, Geld, das für Bildung, für Infrastruktur und für die Zukunft unserer Kinder fehlt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir in Bayern gehen einen anderen Weg, einen Weg, der auch die künftigen Generationen berücksichtigt.

Jetzt komme ich zu einem Punkt, der mich – ich habe vorher die gesamte Debatte verfolgt – ehrlich gesagt ein Stück weit ärgert. Jahrelang hat die Opposition in diesem Haus das Familiengeld kritisiert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wie oft mussten wir uns anhören: "Gießkannenprinzip" – heute wieder mehrmals –, "Wahlkampfgeschenk"? Ganz ehrlich, liebe Kollegin: Ein Wahlkampfgeschenk kann man einmal machen. Wenn man aber fast acht Jahre an einem System festhält, das über 4 Milliarden Euro direkt an mehr als 1 Million Kinder und Familien gibt, kann man nicht von einem Wahlkampfgeschenk sprechen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es wurde auch gesagt: Leistung, die den Falschen zugutekommt. Sind Familien die Falschen? Jahrelang haben Sie uns vorgeworfen, wir würden Geld mit der Gießkanne an unsere Familien verteilen, statt es gezielt in die Betreuungsstrukturen zu investieren. Die GRÜNEN haben das kritisiert, die SPD hat das kritisiert. Kollegin Anna Rasehorn hat erst heute Morgen in der Aktuellen Stunde gesagt: Wir fordern seit Jahren Investitionen in die Infrastruktur.

(Zustimmung von der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): Das ist auch richtig!)

Liebe Kerstin Celina – sie ist jetzt gerade nicht da –, ich wollte nur sagen, dass wir uns sehr schätzen. Wir haben im Sozialausschuss jahrelang wirklich gut zusammengearbeitet. Ich habe mir extra noch einmal die Ausschussprotokolle zum Familiengeld, zur Einführung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes und des Familiengeldgesetzes angesehen. Kerstin Celina hat in der Plenardebatte zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes am 13. November 2024 Folgendes gesagt:

"Seit Jahren fordern wir GRÜNE, Familiengeld und Krippengeld nicht mit der Gießkanne zu verteilen, sondern an die, die es brauchen, und stattdessen Geld in den Ausbau der Kita- und Krippeninfrastruktur zu stecken."

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Noch ein weiteres Zitat aus der Mitberatung im Haushaltsausschuss am 22. Oktober 2025:

"Das bedeute, 700 Millionen Euro würden künftig an nicht bedürftige Familien ausbezahlt. Dieses Geld hätte sinnvollerweise für eine bessere Ausstattung der Kitas verwendet werden sollen."

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Was machen wir jetzt? – Wir setzen genau das um. Wir schichten das Geld vom Scheck zur Struktur um – wenn man das so zusammenfassen will –, von der Einmalzahlung zur nachhaltigen Investition in die Kinderbetreuung. Wir machen jetzt exakt das, was jahrelang gefordert wurde.

Und was passiert? – Es ist wieder nicht recht; wir sind angeblich wieder einmal familieneindlich; angeblich nehmen wir jetzt den Familien auch noch etwas. – Wir nehmen niemand etwas, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir nehmen niemand etwas. Das gesamte Geld, so wie die Ministerin vorher gesagt hat, bleibt im System und kommt in die Kindertagesbetreuung, in die Betriebskostenförderung. Das Geld bleibt im System. Man kann niemand etwas nehmen, über das wir noch nicht beschlossen haben.

Ja, wir setzen uns der Kritik aus, dass das im zeitlichen Zusammenhang jetzt vielleicht etwas unverständlich ist und für viele Familien nicht nachvollziehbar ist. Deswegen erkläre ich aber so ausführlich, warum wir heute in dieser Situation sind.

Liebe Opposition, das, was ihr betreibt, ist manchmal schon Hü und Hott. Entscheiden Sie sich doch bitte schön: Wollen Sie Strukturförderung oder wollen Sie Direktzahlungen? Man kann nicht jahrelang die eine Position vertreten und wenn wir diese jetzt umsetzen, plötzlich das Gegenteil fordern. Das grenzt – mit Verlaub – an Heuchelei.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist keine seriöse Politik. Das ist Oppositors rhetorik ohne Konsistenz. Das durchschauen die Menschen in Bayern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kitas sind kommunale Aufgabe. Der Freistaat Bayern geht mit dieser Entscheidung massiv in Vorleistung. Wir erhöhen unseren Anteil an den Betriebskosten deutlich.

Ich sage jetzt noch einmal ausdrücklich in Richtung unserer Kommunen, die es auch nicht einfach haben, und der Träger, die diese Aufgabe für uns, für unsere Familien und für unsere Kinder erfüllen – ich kann das nicht stark genug betonen –: Wir erwarten nun auch, dass die Stärkung, die wir einseitig mit nicht wenig Geld leisten, bei den Elternbeiträgen spürbar wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Noch einmal: Alles Geld bleibt im System. Alles Geld kommt den Familien zugute. Wir sparen nicht bei den Kindern, wir investieren nur anders und setzen die Mittel

jetzt dort ein, wo sie aktuell am meisten bewirken, um Strukturen zu schützen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Herr Kollege. – Zwei Zwischenbemerkungen, zunächst der Kollege Johannes Becher.

Johannes Becher (GRÜNE): Herr Kollege Huber, eine Bemerkung und eine Frage.

Zunächst die Bemerkung. In den letzten sieben Jahren gab es in jeder Haushaltsberatung einen Änderungsantrag unserer Fraktion mit dem Inhalt, dass das Bayerische Familiengeld einkommensabhängig ausgezahlt werden soll. Wir wollen die kleinen und mittleren Einkommen unterstützen. Die reichen Familien – ich zähle mich als Abgeordneter des Bayerischen Landtags dazu; wir sind sehr gut bezahlt – brauchen dieses Familiengeld nicht. Wenn wir das über viele Jahre so gehandhabt hätten, den Bedürftigen Geld gegeben und den Rest in Kitas investiert hätten, wäre genug Geld für alle da gewesen. Das wolltet ihr nie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der zweite Punkt ist eine Frage. In dem Gesetz steht, das Kinderstartgeld kostet 360 Millionen Euro. Im Juni habt ihr gesagt: Wir haben dieses Geld. Im Juli war die Erste Lesung; da habt ihr gesagt: Wir haben dieses Geld. Am 9. Oktober war eine Sitzung des Sozialausschusses; da habt ihr gesagt: Wir haben dieses Geld. Jetzt war Wochenende, und dann habt ihr festgestellt: Wir haben das Geld nicht. Was ist an diesem Wochenende passiert, dass die 360 Millionen Euro, die angeblich monatelang da gewesen sind, –

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Achten Sie bitte auf Ihre Redezeit.

Johannes Becher (GRÜNE): – plötzlich nicht mehr da sind? Das würde mich interessieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Thomas Huber (CSU): Ich habe vorhin bei der Zweiten Lesung, heute bei meiner ersten Rede, ausführlich gesagt, wie sich das Ganze in den letzten Jahren entwickelt hat. Jährlich machen wir uns Gedanken, wie wir Leistungen weiterhin finanzieren können. Wir müssen uns anschauen, welche Herausforderungen wir haben, und zwar nicht nur im Sozialbereich, sondern wir müssen auch in die Haushaltsbereiche schauen, die letztlich dafür Sorge tragen, dass überhaupt Steuereinnahmen generiert werden können. Wenn man erkennt – Stichwort Steuerschätzung –, dass weniger reinkommt, als wir eigentlich gedacht und eingeplant haben, muss man Entscheidungen treffen. Die Entscheidungen sind hart. Ich habe es vorhin gesagt. Mir macht es auch keinen Spaß, dass ich heute hier stehe und erklären muss, dass es nicht funktioniert.

Was war die zweite Frage?

(Zuruf)

– Das Ergebnis des kommunalen Finanzausgleichs war dazwischen. Schaut euch die Situation in den Kommunen an. Ich bin selbst Stadtrat, ich bin selbst Kreisrat; die Kollegin Rauscher weiß das auch. Wir sitzen in kommunalen Gremien. Wir kennen doch alle die Entwicklung des Sozialbereichs in den Kreishaushalten.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ihre Redezeit bitte, Herr Kollege.

Thomas Huber (CSU): Habe ich noch eine zweite Frage?

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ja, genau. Es bleibt bei der gleichen Richtung. Frau Kollegin Rauscher hat eine Zwischenbemerkung.

Thomas Huber (CSU): Das passt ja ganz gut.

Doris Rauscher (SPD): Herr Kollege, ich hätte noch eine Nachfrage, weil die Ministerin vorhin nicht mehr die Gelegenheit hatte, darauf einzugehen. Ich will noch einmal auf die hundertprozentige Betriebskostenförderung Bezug nehmen, wie das denn mit

dem Ausbau ist, weil auch immer wieder der erforderliche weitere Ausbau von Kita- plätzen thematisiert wird. Das ist ja schon etwas anderes als Betriebskostenförderung.

Thomas Huber (CSU): Richtig.

Doris Rauscher (SPD): Deswegen will ich noch einmal die verlässliche Auskunft: Gehen diese frei werdenden Gelder in die Betriebskostenförderung, die laut dem Ministerpräsidenten auf 80 % angehoben werden muss? Wir forderten ja 90 %; die Träger und die Gemeinden hatten es auch gefordert. Haben wir da eine Sicherheit? Was wir heute machen, ist schon ein bisschen wie ein Blindflug. Es ist schon viel Vertrauensvorschuss dabei, das muss ich ganz ehrlich sagen. Es werden hier Dinge beschlossen, ohne dass ein Haushalt vorliegt und ohne dass wir auch nur irgendeine Absicherung gesetzlicher Natur dazu hätten, dass das wirklich in die Betriebskosten- förderung geht, deshalb bezüglich des Ausbaus bitte eine Antwort.

Thomas Huber (CSU): Ich hoffe, liebe Kollegin Doris Rauscher, wenn ich eine aus deiner Sicht zufriedenstellende Antwort gebe, dass ihr dem dann zustimmen könnt. Dann geht es nämlich genau in die Richtung, die du ansprichst: Laut Informationen – die Ministerin hat es hier vorhin bestätigt – gehen die frei werdenden Mittel aus dem Familiengeld, aus dem Krippengeld, die wir eigentlich zu 50 % für ein Kinderstart- geld umgeschichtet haben, das wir jetzt aus den genannten Gründen nicht einführen können, zu 100 % in die Betriebskostenförderung unserer Kitas. Ausbau ist Investitionskostenförderung; das ist ein anderer Titel.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank.

Thomas Huber (CSU): Schon fertig?

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es gibt tatsächlich keine weiteren Zwischenbe- merkungen. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion Kollege Franz Schmid.

(Beifall bei der AfD)

Franz Schmid (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Zu Beginn meiner Rede möchte ich konstatieren, dass die Fraktion der FREIEN WÄHLER ein Rassismusproblem hat, weil die Kollegin Elena Roon schon zum zweiten Mal aus Ihrer Fraktion rassistisch beleidigt wurde, Herr Pohl. Wenn Sie ein bisschen Anstand haben, entschuldigen Sie sich für die Aussage.

(Beifall bei der AfD)

Was wir gerade hier erleben, könnte eigentlich Satire sein, ist es aber nicht.

(Zuruf)

Es ist ein Verrat an all jenen, die Tag für Tag das Fundament unserer Gesellschaft tragen, an unseren Familien, und ehrlich gesagt auch an all denen, die vor zwei Jahren noch ihr Vertrauen in die CSU gesetzt haben. Der Frust da draußen ist groß, und das völlig zu Recht. Wir erinnern uns: Im Koalitionsvertrag versprach Markus Söder noch eine Familiengarantie. Er meinte damit ausdrücklich das Familiengeld: 250 Euro pro Monat, zwei volle Jahre lang, ein Versprechen, das vielen Eltern Hoffnung gab.

Doch kaum war die Tinte trocken, kam die Rolle rückwärts: Aus dem Familiengeld wurde plötzlich das Kinderstartgeld. Aus 6.000 Euro wurden 3.000 Euro, hübsch verpackt als angebliches Geburtstagsgeschenk. Jetzt, wenige Tage vor der Zweiten Lesung des Gesetzes, der Super-GAU: Sämtliche Förderungen werden von heute auf morgen gestrichen. So schnell hat in Bayern wohl selten jemand einen Sinneswandel hingelegt von "Ich gebe eine Garantie" über "Wir müssen konsolidieren" bis hin zu "Wir streichen jetzt alles". Wie oft will die CSU den Menschen eigentlich noch ins Gesicht sagen "Ihr könnt uns vertrauen", um sie dann doch wieder zu enttäuschen? So zerstört man Vertrauen in die Demokratie.

Jetzt gibt es also kein Kinderstartgeld, kein Krippengeld, kein Familiengeld. Wer glaubt, mit knapp 700 Millionen Euro könnte man die Betriebskostenprobleme der

Kitas lösen, hat die Realität völlig aus den Augen verloren. Diese Umverteilung trifft genau die, die ohnehin schon alles geben: die Familien in Bayern. Während Familien in Bayern jeden Cent dreimal umdrehen müssen, kassiert Markus Söder als Ministerpräsident knapp 20.000 Euro im Monat. Ein Landtagsabgeordneter streicht rund 10.000 Euro ein, sicher bequem und abgesichert.

(Thomas Huber (CSU): Einstreichen? Er verdient es!)

Dazu kommen Dienstwagen für Minister, Offizianten, die den Ministern die Koffer hinterhertragen, Erste-Klasse-Bahntickets für Abgeordnete und noch viel mehr.

(Thomas Huber (CSU): Was soll denn dieser Sozialneid?)

Die Leute, die arbeiten und denen Sie am Ende des Monats das Geld wegnehmen, müssen diesen Wahnsinn bezahlen.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Sie nehmen aber kein Geld, oder?)

Dann stellt sich diese Regierung tatsächlich vor die Familien und predigt: Wir müssen sparen, aber natürlich nicht bei uns selbst.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Nein, da bleibt jedes Privileg, jede Vergünstigung, jede goldene Komfortzone unangestastet. An der Spitze dieses Systems steht Markus Söder, ein Ministerpräsident, der längst zur Schande für Bayern geworden ist, einer, der das Volk zum Sparen ermahnt, während er selbst auf Kosten der Steuerzahler lebt wie ein Fürst.

(Zuruf)

Die Wahrheit ist: Die durchschnittliche Familie in Bayern verdient rund 4.500 Euro brutto im Monat. Nach Steuern, Miete, Strom, Heizung, Kindergartenbeiträgen und Lebensmitteln bleiben oft 500 bis 600 Euro, wenn überhaupt. Genau diesen Familien will man jetzt noch das Familiengeld streichen, während Politiker sich Privilegien gönnen.

nen, die kein normaler Bürger je bekommen würde. Ich sage Ihnen ganz klar: Wenn gespart werden muss, sollten wir bei uns anfangen, liebe Kollegen.

(Zuruf von der CSU: Oh!)

Wir müssen endlich über Einsparungen bei den Diäten und Privilegien der Politiker sprechen. Wenn es darum geht, Familien zu entlasten, müssen wir hier im Landtag mit gutem Beispiel vorangehen. Das ist eine Frage des Anstandes und des Respekts gegenüber den Menschen, die dieses Land am Laufen halten.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Es zwingt Sie ja niemand, das Geld anzunehmen!)

– Herr Streibl, dass Sie damit kein Problem haben, glaube ich Ihnen. Als Fraktionsvorsitzender bekommt man noch ein bisschen mehr Geld.

(Zuruf)

Dass Sie sich nicht dafür interessieren, dass es bei den Leuten jetzt ein bisschen weniger wird, wundert mich nicht.

(Beifall bei der AfD)

Wie will jemand, der 20.000 Euro im Monat verdient, verstehen, was es heißt, mit 2.500 Euro netto eine Familie zu ernähren? Wie will jemand, der im Dienstwagen durch München fährt, begreifen, was es bedeutet, wenn am Ende des Monats kein Geld mehr auf dem Konto ist?

Ohne unsere Familien wären wir alle nicht dort, wo wir sind; sie verdienen Anerkennung, Wertschätzung und Respekt, aber diese Staatsregierung zeigt ihnen die kalte Schulter. Stattdessen werden Abermillionen in Rüstungsindustrie, in NGO-Projekte und in Migrationspolitik gesteckt. Selbst in Bayern finanzieren wir längst Programme, die mit Familien- oder Lebensrealität nichts mehr zu tun haben. Ich erinnere an den

Aktionsplan Queer, in dem man ernsthaft kostenlose geschlechtsangleichende Operationen für Migranten forderte.

Niemand bekommt Kinder, um sie nach wenigen Wochen abgeben zu müssen, weil das Geld nicht reicht. Darum sagt die AfD klar und deutlich Nein zur Streichung direkter Familiengeldzulagen und Ja zu einem Bayern, das Familien wieder in den Mittelpunkt stellt.

Ich hoffe, dass nun auch der letzte CSU-Wähler erkannt hat: Mit dieser Regierung ist keine zukunftsorientierte Familienpolitik möglich. Allen Familien da draußen verspreche ich: Wir holen uns unser Land zurück für euch, für unsere Kinder und für die Zukunft Bayerns.

(Beifall bei der AfD – Zurufe)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor, zunächst Kollege Julian Preidl.

Julian Preidl (FREIE WÄHLER): Herr Schmid, diese Vorgehensweise finde ich persönlich ekelhaft. Sie machen hier Sozialneiddebatten auf. Sie wollen, dass die eine Gesellschaft irgendetwas gegen die andere sagt. Nach Ihren Aussagen, wie viel werden Sie von Ihrem MdL-Gehalt allein im nächsten Monat für öffentliche Zwecke spenden?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Franz Schmid (AfD): Danke für die Frage, Herr Preidl. Da sieht man wieder ganz genau, dass Sie die Gesellschaft spalten wollen.

(Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind Politiker und müssen mit einer Vorreiterrolle nach vorne gehen.

(Zurufe)

Zu uns schauen die Leute auf. Wir müssen mit gutem Beispiel vorangehen. Genau Ihre Aussagen und Ihr Geschrei aber,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

wenn es darum geht, die Diäten zu kürzen, können die Bürger ruhig einmal hören. Die Diäten kürzen, und die Altparteien springen wie im Kreis. Das ist doch der Wahnsinn. Wir verdienen über 10.000 Euro im Monat. Es gibt Leute da draußen, denen durch Ihre --

(Unruhe)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Überwiegend hat zunächst Herr Kollege Schmid das Wort. Ich bitte um mehr Ruhe und Aufmerksamkeit.

(Zuruf)

Franz Schmid (AfD): Vielen Dank, Herr Vizepräsident.

(Zurufe)

Wie gesagt, es muss Kürzungen geben. Wir können doch nicht den Bürgern das Geld streichen, und unsere Diäten werden einmal im Jahr angepasst. Wir bekommen jetzt schon über 10.000 Euro.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Spenden Sie sie doch!)

Das kann man doch keinem normalen Bürger erklären. Erklären Sie das mal dem Kinderpfleger, erklären Sie das der Krankenschwester, dem Erzieher oder dem Schornsteinfeger.

(Beifall bei der AfD – Unruhe)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wir haben eine zweite Zwischenbemerkung: des Kollegen Björn Jungbauer.

Björn Jungbauer (CSU): Herr Schmid ich verstehe Ihr Versprechen, sich das Land zurückzuholen, als Familienvater eher als Drohung. Ich kann Ihnen versprechen, dass wir weiterhin alles dafür tun werden, dass wir Familienland Nummer eins bleiben.

Damit leite ich zu meinen beiden Fragen über. Ich gebe Ihnen die Chance zu sagen, wie viel Sie im kommenden Monat von Ihren Diäten, die Sie hier gerade für sich als unberechtigt dargestellt haben, spenden.

Das Zweite: Ich habe mehrere Kollegen von Ihnen aus der Fraktion lange Zeit hier im Hohen Haus in keinem Ausschuss gesehen, weil sie sich aufgrund laufender Ermittlungen versteckt haben. Wie sind Sie denn an Ihre Kollegen herangetreten, damit diese Mittel für die Diäten, die eigentlich unberechtigt sind, weil keine Arbeitsleistung abgeleistet wird, zurückerstattet werden?

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Franz Schmid (AfD): Vielen Dank für die Fragen. Zur ersten Frage:

(Zuruf)

– Ja, ja. Ich fange mit der ersten an und komme zur zweiten, Herr Kollege.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Zur ersten Frage, was ich bereit bin, von meiner Diät abzugeben. Ich habe gesagt, die Diät ist für uns alle unzutreffend hoch.

(Unruhe)

Wissen Sie, liebe Kollegen, ich spende im Monat schon wahnsinnig beträchtliche Summen von dem, was ich bekomme.

(Anhaltende Unruhe – Michael Hofmann (CSU): Nicht die Spenden an die AfD!)

Natürlich nicht – –

(Johannes Becher (GRÜNE): Das wird nicht besser, Herr Kollege! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie den Herrn Kollegen Schmid einfach ausreden.

Franz Schmid (AfD): Natürlich auch an die Partei, aber grundsätzlich an patriotische Jugendorganisationen, die Sie nicht unterstützen.

(Beifall bei der AfD – Unruhe – Volkmar Halbleib (SPD): Das ist etwas für die Familien in Bayern, wenn Sie an Rechtsextreme spenden!)

Wenn Sie jetzt hier damit kommen – ich habe die Frage nicht ganz genau verstanden –, wer sich wo versteckt hat – –

(Unruhe)

– Ich habe es akustisch tatsächlich nicht verstanden, wer sich wo versteckt haben soll. Aber wenn wir mal über die Arbeitsleistung hier im Parlament reden wollen, sollten wir uns einmal die namentlichen Abstimmungen betrachten. Der Plenarsaal ist leer, und kommt es dann zu einer namentlichen Abstimmung, ist der Plenarsaal wieder voll, damit jeder abstimmen kann und kein Geld von seiner Diät verliert. – Das ist die Arbeitsmoral hier im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der AfD – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Da sind Sie statistisch weit darunter! Das kann man nachlesen!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist Kollege Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Staatsministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist bezeichnend, dass der Vorredner so wenig zum eigentlichen Thema beizutragen hat, dass er sich selber kleinredet und hier vor uns allen verkündet, dass er sein Geld nicht wert ist. Ich nehme das zur Kenntnis,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU sowie Abgeordneten der SPD)

aber Debatten über Diäten führen wir dann, wenn sie auf der Tagesordnung stehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte zunächst einmal eines klarstellen. Hier ist von verschiedenen Seiten gekommen: Der Ministerpräsident hat das Familienstartgeld gestrichen, der Ministerpräsident hat kein Herz für Familien usw. usf. – All diese Versuche, den einen gegen die anderen auszuspielen, funktionieren in dieser Koalition nicht. Ich war auch Bestandteil des Verhandlungsteams am letzten Montag, und ich habe wie alle anderen auch – wie alle Kabinettsmitglieder, die Fraktionsvorsitzenden, die Parlamentarischen Geschäftsführer, der Vorsitzende des Haushaltsausschusses und sein Stellvertreter – dieser Maßnahme zugestimmt. Das ist keine Einzelmaßnahme des Ministerpräsidenten, das ist eine bewusste Entscheidung der gesamten Koalition.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Lassen Sie mich kurz etwas zum Verfahren sagen: Ja, das Ganze war kurzfristig, weil eine Haushaltsklausur nun einmal kurz vor der Einbringung des Haushalts stattfindet. Ja, und wir haben heute die Zweite Lesung. Da ist es völlig in Ordnung, dass die Opposition von ihrem Recht Gebrauch macht, eine Dritte Lesung zu verlangen.

Es macht aber keinen Sinn, das Ganze noch einmal in die Ausschüsse zu verweisen. Das führt zur Verzögerung. Das führt zur Verunsicherung, weil man den Menschen damit suggerieren möchte, diese Entscheidung sei noch zu verhindern. Übrigens würden wir da möglicherweise mit dem Haushaltsgesetz über Kreuz kommen, weil dieses Gesetz dann später verabschiedet würde, als der Haushalt eingebracht wird. Von daher ist es richtig und sachgerecht, dass wir so verfahren, wie wir das hier tun.

Ich weiß nicht, wer es war, ich glaube, Frau Kollegin Post, ich bin mir nicht sicher: Sie haben gesagt, eine Dritte Lesung sei einzigartig. Ich erinnere mich, und diejenigen, die schon länger hier im Haus sind – ich schaue mal zum Kollegen Arnold von der SPD –

werden sich sicherlich mit Unbehagen daran erinnern, dass wir einmal ein Gesetz – da ging es um die Leitkultur – in drei Lesungen behandelt haben.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Da hat es die Opposition fertiggebracht, die Beratung dieses Gesetzes von 9 Uhr in der Früh bis halb sieben am nächsten Tag über zweiundzwanzigeinhalb Stunden zu strecken. Das war Rekord.

(Zuruf von der SPD)

Jetzt ganz ehrlich, an alle Beteiligten, die sich an dieses Gesetz erinnern können: Die Bedeutung dieses Leitkulturgesetzes stand in keinem Verhältnis zur Beratungsdauer.

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

– Sie, Frau Kollegin, waren damals noch gar nicht dabei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nun zur Sache selbst. Ja, ja, die Opposition hat natürlich einen Punkt. Es ist schmerzlich für uns, auf das Familienstartgeld zu verzichten. Aber, Frau Kollegin Köhler, was haben Sie uns dieses Familienstartgeld um die Ohren gehauen!

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Wahlkampfgeschenk! Geht völlig in die falsche Richtung! – Und als wir es halbiert haben, haben Sie gesagt: Endlich kommt ihr zur Vernunft. Endlich macht ihr das, was ich gerne möchte. – Ich sage Ihnen: Die Zeiten haben sich tatsächlich geändert. Wir müssen in den Strukturen etwas tun. Da gab es nur die Frage: entweder Struktur oder Familienstartgeld.

Ich möchte das an dieser Stelle auch einmal sagen: Ja, wir haben in den letzten Jahren vieles mit den doch sehr stark steigenden Steuereinnahmen regeln können. Wären die Steuereinnahmen wieder so angewachsen, hätten wir uns vielleicht beides

leisten können. Aber dass wir die Steuereinnahmen nicht mehr so haben, ist der zerstrittenen Ampel-Regierung zu verdanken. Gott sei Dank geht es unter der jetzigen schwarz-roten Regierung langsam wieder aufwärts. Ich hoffe, dass das so anhält. Aber unter den jetzigen finanziellen Rahmenbedingungen gab es nur ein Entweder-oder, wenn wir einen Haushalt ohne Schulden vorlegen wollen – und das haben wir uns zum Ziel gesetzt. Finanzielle Solidität ist ein Markenzeichen dieser Koalition.

Frau Kollegin Köhler, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, wir werden diese Entweder-oder-Fragen öfter stellen müssen, und ich bin persönlich gar nicht so traurig darüber; denn man muss der Bevölkerung schon einmal sagen, dass es keinen Automatismus gibt, dass alles immer besser wird, dass wir immer mehr Geld haben, dass wir uns immer mehr leisten können. Es kann auch einmal seitwärts oder nach unten gehen. Diese Debatten müssen wir führen. Die müssen wir gemeinsam führen, die können wir kontrovers führen. Natürlich haben Sie Ihre Schwerpunkte. Wir haben unsere Schwerpunkte. Aber wir haben jetzt eine verantwortungsvolle Entscheidung getroffen; zu der stehen wir. Deswegen bitten wir um Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Bleiben Sie bitte am Rednerpult, Herr Kollege. Wir haben eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung der Frau Kollegin Köhler. – Frau Kollegin.

Claudia Köhler (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Pohl, ich bitte Sie, das zurückzunehmen. Das hat einfach nicht gestimmt, dass ich bejubelt hätte, dass Sie das Familien-geld halbiert haben. Nie! Wir haben weiterhin kritisiert, dass Sie es ohne Rücksicht darauf verteilen, wer es braucht und wer nicht, dass Sie es an Reich und Arm mit der Gießkanne verteilen, dass Sie 2018, kurz vor der Landtagswahl, dieses Geld überhaupt eingeführt haben

(Michael Hofmann (CSU): Aha! "Überhaupt eingeführt haben"!)

und keine Strukturen geschaffen haben.

Sie haben gerade gesagt, in den letzten Jahren gab es hohe Steuereinnahmen. Das sehe ich auch so. Sie haben trotzdem keinerlei Anstrengungen unternommen, um die Strukturen zu verbessern. Die jungen Eltern haben seit Jahren Probleme, dass ihnen die Betreuung gewährleistet wird. Wissen Sie, wie es ist, wenn man in der Früh den Anruf bekommt: Du kannst dein Kind heute doch nicht bringen; die Gruppe kann leider nicht aufmachen? – Sie sind in den letzten zwei Jahren auf milliardenschweren Rücklagen gesessen. Sie hätten längst in die Strukturen für Kinderbetreuung investieren müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Liebe Frau Kollegin Köhler, Sie haben jetzt genau das bestätigt, was ich gesagt habe. Sie sagen: Kein Familienstartgeld, dafür Geld in die Strukturen. – Dass Sie es bejubelt haben – – Von Bejubeln habe ich nicht gesprochen. Aber vielleicht erinnern Sie sich, dass wir beide da draußen standen bei einem Interview des Bayerischen Rundfunks. Da ging es genau um dieses Thema. Da haben Sie gesagt: Endlich habt ihr begriffen, dass ihr in die Strukturen und nicht in die Eltern investieren müsst.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört! – Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Entschuldigung, den Faktencheck halte ich aus. Da hätten Sie sicher schlechte Karten.

Ein Letztes noch: Wenn man sich zwischen dem einen und dem anderen entscheiden muss, muss man eben A oder B sagen. Wir haben uns in dem Fall, nachdem wir uns lange für A entschieden haben – da haben Sie recht –, jetzt für B entschieden. Ich bin überrascht, dass Sie diese Kehrtwendung aus Ihrer Sicht nicht goutieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kollege Johannes Becher.

Johannes Becher (GRÜNE): Hohes Haus, sehr geehrter Herr Vizepräsident! Das ist ein einigermaßen skurriler Vorgang. Meinungswechsel in der Politik kommen vor, aber dass in der Ersten Lesung das Gegenteil von dem erzählt wird, was dann in der Zweiten Lesung kommt, ist doch selten. Ich habe mir das Protokoll der Ersten Lesung, wie der Kollege Hofmann auch, noch einmal angeschaut und zitiere die Sozialministerin Ulrike Scharf zum Thema Kinderstartgeld:

"[...] wir geben Kindern Chancen, wir geben Familien den Freiraum, den sie brauchen. Wir geben unserer Politik ein klares Gesicht. Menschlich und konsequent, das ist das Kinderstartgeld."

Was haben wir dann jetzt heute? – Statt Einführung des Kinderstartgelds Abschaffung und Streichung, Streichung des Familiengelds, Streichung des Krippengelds, Nicht-Einführung des Kinderstartgelds. Wir geben Kindern die Chance nicht. Wir geben Familien nicht den Freiraum, den sie brauchen. Das ist offensichtlich Ihr klares Gesicht, konsequent inkonsequent. Plötzlich wird alles gestrichen, beispiellos unzuverlässig. Das ist die Bayerische Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wie gesagt, man kann einmal die parteipolitische Bewertung außen vor lassen und sich tatsächlich überlegen, was 3.000 Euro sind. Sie haben ja das Familiengeld immer für alle ausgeschüttet, zusammen über 800 Millionen Euro Familiengeld und Krippengeld. Wir haben Ihnen jedes Jahr gesagt: Können wir es nicht begrenzen? Können wir das Geld nicht den Familien geben, die wenig haben, die unterhalb des Durchschnittsgehalts sind, den Familien der unteren Mittelschicht, die es brauchen? Den Rest des Geldes könnten wir ins System investieren. – Das war seit 2019 jedes Jahr im Haushalt. Wenn wir den Vorschlag umgesetzt hätten, hätten wir 2 Milliarden Euro für die Kitas gehabt, bei denen Ihnen jetzt gerade aufgefallen ist, dass es dort

lichterloh brennt. Wir haben uns fünf Jahre lang im Sozialausschuss den Mund fransig geredet, weil es bei den Kitas lichterloh brennt, und plötzlich fällt Ihnen über Nacht ein: Oh, jetzt ist es aber schwierig geworden. – Meine Damen und Herren, so kann man nicht Politik machen. Das ist unzuverlässig, und das ist ohne Ende unseriös.

(Beifall bei den GRÜNEN)

3.000 Euro für eine kleine Verwaltungsfachangestellte, für einen Handwerksgesellen, die im Januar 2025 ein Kind bekommen haben – in acht Wochen wird der Junge oder das Mädchen ein Jahr alt –, die haben jetzt damit gerechnet, dass sie 3.000 Euro kriegen. Warum haben sie damit gerechnet? – Doch nicht, weil die Opposition das erzählt. Sie haben damit gerechnet, weil Sie das erzählt haben, weil der Ministerpräsident das angekündigt hat, weil die Sozialministerin gesagt hat, das kommt, weil sämtliche Abgeordneten der Regierungsfraktionen durchs Land gezogen sind und gesagt haben, 3.000 Euro kommen. Das ist doch das. Aber sie kriegen das Geld nicht. Sie kriegen es nicht. Das ist für die Familien mehrere Monate Elterngeld, das Sie in den letzten Monaten angekündigt haben und das die jetzt in acht Wochen nicht bekommen. Dazu hat Sie niemand gezwungen, aber Sie haben das gemacht. Es ist ein monetärer Schaden für die Familien, die mit dem Geld gerechnet haben. Vor allem ist es aber ein Vertrauensschaden bezüglich dieser Regierung, ein Vertrauensschaden bezüglich der Parteien, die sie tragen, ein Vertrauensschaden bezüglich der Politik generell. So darf man nicht mit den Leuten umgehen. Man kann ihnen nicht etwas versprechen und es dann nicht liefern. Das kann man nicht machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wissen Sie, die Kitas brauchen ja das Geld. Das ist so. Mit den 2 Milliarden Euro und unserem Vorschlag hätte man schon viel machen können.

Was haben Sie noch gemacht? – Aus Berlin kam ja auch noch Geld. Das Gute-Kita-Gesetz, das Kita-Qualitätsgesetz, gab es. Da sind Gelder für die gute Kita, für Qualität nach Bayern gekommen. Ist denn dieses Geld in Bayern zu 100 % in die Kitas und

in die Qualität investiert worden? – Nein, ist es nicht. Der Großteil dieser Gelder ist davon abgezweigt und nicht in die Kitas investiert worden.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Beweisen!)

Dass es in den Kitas heute so brennt, wie es brennt, ist das Ergebnis Ihrer Entscheidungen und Ihrer Politik. Das ist das Ergebnis von CSU und FREIEN WÄHLERN. Bitter ist, dass die Eltern jetzt dafür zahlen müssen, was Sie versäumt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann haben Sie noch gesagt: Ja, aber es waren andere Zeiten, es waren fette Jahre. Aber wenn man Sozialleistungen einführt, muss man es verlässlich tun, und man muss es zielgerichtet machen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Siehe Bund!)

In den fetten Jahren haben Sie das Geld mit beiden Händen an alle ausgegeben, unabhängig davon, ob das Geld benötigt wurde. Jetzt, in den mageren Jahren, spart man, und man spart dann auch bei den Familien mit kleinen und mittleren Einkommen. Das ist der falsche Weg. Das ist eine Politik, die nicht die Familien im Blick hat. Diese Politik ist eines Familienlandes, ja, sie ist Bayerns so nicht würdig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Letzter Punkt: Ein letztes Zitat von Sozialministerin Ulrike Scharf aus der Ersten Lesung: "Wichtig beim Kinderstartgeld ist uns: Vertrauen braucht auch Sicherheit." Dieses Vertrauen ist verspielt. Da stellt sich schon die Frage: Kann man darauf vertrauen, dass das Geld wirklich in den Kitas ankommt? – Ich kann dieser Bayerischen Staatsregierung in diesem Punkt nicht vertrauen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege Hofmann hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Michael Hofmann (CSU): Nach der ganzen Aufgeregtheit, Herr Kollege Becher, möchte ich einfach einmal nüchterne Gesetzestechnik und Haushaltstechnik anwenden, weil ich die Hoffnung habe, dass Sie es vielleicht doch noch lernen. Wenn Sie erzählen, dass Sie in den Haushaltsberatungen immer wieder gefragt haben, ob man denn nicht umschichten kann, und dass Sie Haushaltsanträge gestellt haben, sollten Sie doch Folgendes wissen: Solange die gesetzliche Anspruchsgrundlage nicht geändert ist, haben die Familien einen Anspruch darauf. Das heißt, Sie haben es immer komplett verkehrt gemacht. Das ist auch das, was ich Ihnen vorhin vorgeworfen habe. Wenn Sie wollen, dass das Geld anders verteilt wird, müssen Sie erst die Anspruchsgrundlage ändern. Sie legen heute zum ersten Mal, seitdem es 2018 eingeführt wurde, einen Antrag vor, wie es anders verteilt werden kann, und das machen Sie auch nur deswegen, weil Sie glauben, noch ein paar billige Punkte bei den Familien abzuholen. Schämen Sie sich.

(Zuruf: Genau! – Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Johannes Becher (GRÜNE): Der Haushaltsplan ist doch das Gesetz, das der Bayerische Landtag beschließt. Für dieses wichtigste Gesetz, das wir beschließen – ich hoffe, da besteht noch Einigkeit –, haben wir entsprechende Änderungsanträge eingereicht, weil wir –

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

– ich würde gerne noch aussprechen dürfen, Herr Kollege – alle Dinge, die wir fordern und in den Haushalt einbringen wollen, auch gegenfinanzieren; denn wir sagen, mehr Geld in die Kitas, und wir haben das mit den Einsparungen bei den reichen Familien gegenfinanziert. Sie haben das immer konsequent abgelehnt.

(Michael Hofmann (CSU): Sie verstehen es nicht!)

Aber eines möchte ich Ihnen noch sagen, Herr Kollege Hofmann, Sie haben – –

(Michael Hofmann (CSU): Das ist dramatisch!)

– Jetzt ganz kurz, ich wollte Sie noch loben; denn Sie haben bei Ihrer ersten Wortmeldung wenigstens um Entschuldigung gebeten. Da haben Sie wenigstens gesagt, Sie bedauern diese Entscheidung. Dieses Bedauern, diese Entschuldigung habe ich bei der Ministerin nicht gehört. Sie hat gesagt, sie ist stolz auf diese Entscheidung. Ich glaube, ein bisschen mehr Demut würde Ihnen gut tun.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Doris Rauscher.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gleich vorab möchte ich gerne ein paar Takte zum Abstimmungsverhalten der SPD bezüglich des Änderungsantrags der GRÜNEN zum Gesetzentwurf mit der Übergangsregelung sagen. Ich möchte das noch einmal deutlich zum Ausdruck bringen, weil wir darüber gerade eine Debatte hatten. Zwar kann man sagen, eine Übergangsregelung sei besser als nichts, damit es die Familien im Jahr 2025 aktuell nicht so hart trifft. Im Änderungsantrag steht jedoch, dass es am Ende dieser Übergangsregelung kein Familien- oder Kinderstartgeld – oder was auch immer – mehr geben soll. Hierzu haben wir als SPD-Fraktion eine andere Haltung. Deshalb haben wir im Zuge dieses Änderungsantrags die Übergangsregelung ablehnen müssen, weil es sich insgesamt um einen Antrag gehandelt hat. Im Plenum ist es schwierig, differenziert abzustimmen. Das sage ich einfach nur zur Erläuterung, damit das klar ist. Zwar ist das besser als nichts, aber nicht das, was wir uns eigentlich vorstellen.

Es gäbe noch so viel zu dieser Debatte zu sagen. Wie schade, dass die Opposition mit dieser Forderung, noch einmal in den Fachausschuss zu gehen, fast diffamiert wurde. Das wurde drastisch und negativ zum Ausdruck gebracht. Als leidenschaftliche

Familienpolitikerin der SPD-Landtagsfraktion wäre es mir ein großes Anliegen gewesen, zumindest mit den Fachpolitikern der anderen Fraktionen, in erster Linie mit den Vertretern der Regierungsfraktionen von FREIEN WÄHLERN und CSU, noch einmal in die Tiefe zu gehen.

Ihnen ist wohl gar nicht die Dimension bewusst, was Sie mit dem Gesetz, mit der Abschaffung der Gelder, heute lostreten. Ihnen ist nicht bewusst, was das für Familien wirklich bedeutet. In Bayern gibt es bereits einen deutlichen Geburtenrückgang. Im Vergleich zum Jahr 2022 hat es im Jahr 2024 einen Geburtenrückgang von 5 % gegeben. Gleichzeitig sagen drei Viertel aller jungen Paare, sie wünschten sich Kinder, eigentlich auch mehr als eins. Die Kinderzahl geht jedoch deutlich zurück. Wir müssen uns doch intensiv damit befassen, weshalb das so ist. Wie oft habe ich im Hohen Haus zum Ausdruck gebracht, dass die fehlenden Kitaplätze ein Grund dafür sind. Initiativen, die wir diesbezüglich eingebracht haben, haben Sie oft abgeschmettert. Das ärgert mich zutiefst. Jetzt unterstellen Sie uns, eine bessere Betriebskostenförderung für Kitas verhindern zu wollen, nur weil wir uns gegen ein Entweder-oder stellen und für ein Sowohl-als-auch einsetzen.

(Beifall bei der SPD – Michael Hofmann (CSU): Sie geben den Euro zweimal aus!)

– Wir geben den Euro nicht zweimal aus, wir setzen Prioritäten. Herr Kollege Hofmann von der CSU, wie war das vorher mit der Empfehlung der Ministerin? – Es gibt einen Kurs gegen Reinbrüllen. Sie haben das Versprechen abgegeben, jungen Menschen künftig den Führerschein finanzieren zu wollen. Ich stelle mir die Frage: Ist das irgendwie im Haushalt abgebildet? Wie steht es mit der Steuerschätzung, die besser ausfällt als eigentlich gedacht? Können Sie sich eine familienpolitische Leistung nicht weiter leisten, die Sie selbst eingeführt haben? Wie steht es mit den Milliarden für Investitionen in die Raumfahrt, die der Ministerpräsident immer wieder gerne erwähnt?

Liebe Leute, ich hätte sehr gerne fachpolitisch tief darüber diskutiert, an welchen Stellen wir politisch gemeinsam Prioritäten setzen wollen. Sie haben uns diese Möglichkeit leider nicht gegeben. Sie peitschen das Gesetz heute durch. Das finden wir im Sinne der Familien und der Kinder in unserem Land ziemlich erbärmlich. Deshalb lehnen wir Ihr Gesetz ab.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die Staatsregierung hat sich noch einmal Frau Staatsministerin Ulrike Scharf zu Wort gemeldet. Frau Staatsministerin, bitte schön.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur ganz kurz einige Fakten richtigstellen. Mich ärgert es schon, was zum Teil gesprochen worden ist.

Lieber Johannes Becher, du hast das Gute-Kita-Gesetz und das Kita-Qualitätsgesetz des Bundes zitiert und dazu wortwörtlich gesagt, die Staatsregierung hätte das Geld abgezweigt.

(Johannes Becher (GRÜNE): Von der Qualität!)

– Das ist doch nicht wahr. Erstens gibt es eine Verwaltungsvereinbarung, die der Freistaat und der Bund unterschreiben, damit die Länder überhaupt das Geld erhalten. Zweitens bekommen wir das Geld nur, wenn wir die Konditionen des Vertrages auch einhalten. Das heißt, dass das Geld in die Qualität fließt. Gehen wir noch einmal ein Stück zurück. Das Gute-Kita-Gesetz hat andere Bedingungen als das Kita-Qualitätsgesetz gehabt. Jedoch sind alle Mittel in die Kinderbetreuung geflossen. Man kann nicht davon reden, dass wir etwas abzweigen. Das ist schlichtweg falsch.

(Johannes Becher (GRÜNE): Es fließt nicht alles in die Qualität! Das habe ich gesagt!)

Ich frage mich, ob es sich beim Beitragszuschuss, den wir zugunsten der Kinder direkt an die Träger gezahlt haben, nicht auch um Qualität handelt. Handelt es sich dabei nicht auch um Betriebskostenförderung und damit um die Sicherheit der Qualität? – Darüber kann man sich trefflich streiten. Die Bedingungen haben sich ohnehin geändert. Man kann jedoch nicht davon reden, dass wir etwas abgezweigt haben.

Es wurde angemahnt, ich solle mehr Demut haben. Nachher schauen wir uns das Protokoll an. Ich habe sehr wohl gesagt, und zwar mindestens zweimal, dass es eine sehr schwere Entscheidung war und ich Verständnis für diejenigen habe, die damit gerechnet haben und jetzt enttäuscht sind – bitte nachlesen. Ich brauche keinen extra Demutshinweis von der grünen Seite.

Zweitens wollte ich noch etwas zu den Nachfragen von Doris Rauscher sagen. Der Ausbau der Kitaplätze und die Betriebskostenförderung werden immer ein bisschen vermischt. Damit war die Frage verbunden, ob die frei werdenden Mittel jetzt alle in die Betriebskostenförderung gehen. Noch einmal: Ja, das tun sie. Der Ausbau läuft parallel, und zwar auf Hochtouren. Das ist Sache der Kommunen. Es ist logisch, dass sie nach Artikel 10 FAG auch die Förderung bekommen. Mit unserem Koalitionsvertrag haben wir uns vorgenommen, 50.000 zusätzliche Kitaplätze zu schaffen. Es sind schon – Stand heute – rund 34.000 Kitaplätze mit massiver Förderung über Artikel 10 FAG geschaffen worden. Im Übrigen danke ich an dieser Stelle auch noch einmal unserem Finanzminister. Im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs bekommt Artikel 10 FAG sogar noch einmal einen 10-prozentigen Aufschlag. Somit wird der Bau der Kitas massiv unterstützt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegt gemäß § 53 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung der Beschluss in Zweiter Lesung zugrunde. In Zweiter Lesung wurde dem Gesetzentwurf auf Drucksache 19/7432

unter Berücksichtigung der Änderungen infolge des zum Plenum eingereichten Änderungsantrags der Fraktionen CSU und FREIE WÄHLER auf Drucksache 19/8814 zugestimmt.

Wer dem Gesetzentwurf entsprechend dem Beschluss in Zweiter Lesung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion und die AfD-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist das so beschlossen.

Wir führen nun gemäß § 56 der Geschäftsordnung die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der in Zweiter und Dritter Lesung beschlossenen Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Ich bitte, Gegenstimmen auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der AfD, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist das Gesetz angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Familiengeldgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung hat der Änderungsantrag auf Drucksache 19/8244 seine Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.